

NIEDERSCHRIFT
über die 5. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises
in der 10. Wahlperiode 2014/2019
in Kirchheimbolanden, kleiner Sitzungssaal
am Dienstag, den 24. März 2015, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung

Landrat Werner eröffnet die 5. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

II. Tagesordnung

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung vom 10.03.2015
2. Bildung eines Regional-Cluster für die DSL-Versorgung im Donnersbergkreis
3. Fahrzeugkonzept des Donnersbergkreises für den Brand- und Katastrophenschutz
4. Anfrage der CDU-Fraktion

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung vom 10.03.2015

I. Sachverhalt:

Rudolf Jacob (CDU) merkt an, auf Seite 13, drittletzte Zeile, müsste das Wort „mittleren“ durch „gehobenen“ ersetzt werden.

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 4. Sitzung vom 10.03.2015 mit der o.g. Änderung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bildung eines Regional-Cluster für die DSL-Versorgung im Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Gemeinsam mit dem Breitbandprojektbüro Rheinland-Pfalz, das dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur angegliedert ist, wurden Abstimmungsgespräche über die Ziele eines Aktionsprogrammes „DSL-Versorgung“ im Donnersbergkreis geführt. In der letzten Gesprächsrunde am 26. Februar 2015 in Mainz waren auch die Bürgermeister der Verbandsgemeinden im Donnersbergkreis einbezogen, damit die kommunal Verantwortlichen in unserer Region auf dem gleichen Informationsstand sind.“

Das Land verfolgt das Ziel auch die ländlichen Regionen mit DSL-Leitungen zu versorgen, die bis 2018 eine Datenmenge von 30 Megabit pro Sekunde ermöglichen. Dies kann nach Einschätzung des Ministeriums nur gelingen, wenn größere Einheiten in einem solchen Projekt zusammenarbeiten. Die Größe einer Verbandsgemeinde oder einer Ortsgemeinde wird als zu klein eingeschätzt, um unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten diese DSL-Versorgung in der Fläche zu realisieren.

Aus der Gesprächsrunde am 26.02.2015 konnte auch von den anwesenden Vertretern der Verbandsgemeinden ein grundsätzlich positives Signal für ein kreisweites Vorgehen für eine zukunftsfähige Breitbandversorgung wahrgenommen werden. Selbstverständlich müssen nähere Einzelheiten über eine Machbarkeitsstudie analysiert und abgestimmt werden. Da das Ministerium derzeit über das gesamte Land entsprechende Gespräche mit den Landkreisen führt und auch die Finanzmittel des Landes sicher nicht unbegrenzt sind, sollten wir als Donnersbergkreis sehr frühzeitig unsere Absicht erklären diesen Weg der Breitbandversorgung, nämlich einer Cluster-Bildung, in unserer Region zu gehen.

Dies bedingt auch aufgrund weiterer zusätzlicher Aufgaben, wie der Erstellung des Naheverkehrsplanes, der Vergabe der ÖPNV-Leistungen im gesamten Donnersbergkreis und dem Ausbau der Zellertalbahn, eine personelle Aufstockung in diesem Referat.“

Zu den Kosten führt Landrat Werner aus, dass diese noch nicht genau beziffert werden können. Über die Höhe der finanziellen Beteiligung seitens der Verbands- und Ortsgemeinden müsse zu

einem späteren Zeitpunkt unter Einbeziehung der Kreisgremien entschieden werden.

Derzeit sind Ortsgemeinden Aufgabenträger für die DSL-Versorgung. In einigen Verbandsgemeinden wurde diese Aufgabe seitens der Ortsgemeinden auf die Ebene der VG bereits übertragen, sodass hier die VG über die Übertragung auf den Kreis zu entscheiden hätte. In anderen Fällen müssen die Ortsgemeinderäte darüber noch entscheiden.

Es ist geplant, so Landrat Werner, den Rhein-Lahn-Kreis, der als erster Kreis einen solchen Regionalcluster tatsächlich realisieren konnte, am 05. Mai zu besuchen. Hierbei kann man sich auch über die dortige Kostenaufteilung und die strategische Vorgehensweise informieren.

Rita Beck (B90/Grüne) findet die Idee einer kreisweiten Clusterbildung sehr gut. Die meisten Kosten bei der Breitbandversorgung werden durch die Tiefbaumaßnahmen verursacht. Um die Kosten zu reduzieren, könnte auf bestehende Infrastrukturmaßnahmen zurückgegriffen werden. Sie möchte wissen, ob dies in die Machbarkeitsstudie mit eingearbeitet wird. Zum anderen interessiert sie, ob hierbei auch Funklösungen angestrebt werden.

Soweit Landrat Werner bekannt ist, sollen nur Kabellösungen angestrebt werden. Funk hat den entscheidenden Nachteil, dass je mehr Haushalte diese Methode nutzen, umso schwächer wird die ankommende Leistung sein.

Wie dann tatsächlich die Realisierung erfolgt, müsste konkret mit einem Ingenieurbüro, das die Aufgaben übernimmt und mit den Orts- und Verbandsgemeinden abgestimmt werden. Dies erfolgt allerdings erst in einem zweiten Schritt.

Klaus-Dieter Magsig (FWG) kann die Meinung der Verwaltung nicht unterstützen. Die Breitbandversorgung im ländlichen Raum an sich hält er zwar für sehr wichtig, die auch schnell umzusetzen ist, allerdings handelt es sich hierbei um eine Aufgabe, die letztendlich den Ortsgemeinden zukommt. Diese können diese Aufgabe natürlich auf die Ebene der VG oder des Kreises verlagern. In der VG Göllheim wurden solche Beschlüsse bereits vor Jahren gefasst. Seit August 2012 ist die VG Göllheim mit allen ihren Ortsgemeinden über Glasfaser mit Geschwindigkeiten von min. 25 – 100 Mbits versorgt. Diese Aufgabe wurde mit eigenen finanziellen Mitteln realisiert.

Die VG Göllheim ist mit der VG Monsheim und VG Grünstadt Land über das System miteinander verbunden. Hier wird darüber nachgedacht, wie man das System optimieren kann, also deutlich mehr als 100 Mbit/s. Hierbei befürchtet Klaus-Dieter Magsig, dass bei Bildung eines Clusters und einer landesweiten Ausschreibung, bei den bereits versorgten Ortsgemeinden eine Doppelversorgung entstehen könnte.

Zum anderen kann es nicht sein, dass die Ortsgemeinden der VG Göllheim einmal die Kosten über die VG-Umlage langfristig finanzieren müssen und zum anderen erneut über die Kreisumlage die Versorgung der anderen Verbandsgemeinden mitübernehmen sollen. Diese Vorgehensweise kann Klaus-Dieter Magsig nicht akzeptieren und kann eine solche Finanzierungslösung überhaupt nicht unterstützen.

Er ist der Meinung, dass die Machbarkeitsstudie auf jeden Fall durchzuführen ist, zumal diese kostenneutral für den Kreis ist. Wie dann allerdings die Umsetzung erfolgen soll, darüber müsse erneut diskutiert werden, auch unter Hinzuziehung der Ortsgemeinden.

Landrat Werner stellt klar, wenn Gemeinden sich an dieser Versorgung nicht beteiligen möchten, ist eine Übertragung der Aufgabe auf den Kreis nicht notwendig. In diesen Fällen erfolgt auch keine finanzielle Beteiligung dieser Gemeinden.

Eva Brand (FDP) hält die Breitbandversorgung für ein sehr wichtiges Thema. Allerdings seien die 30 Mbit/s ihrer Meinung nach nicht mehr zeitgemäß. Hier müssten andere Lösungen gefunden werden, um eine realistische und zeitgemäße Versorgung zu gewährleisten.

Michael Cullmann (SPD) stellt fest, entscheidend sei doch die Tatsache, dass der Kreis hierfür Landesmittel bekommt, auf die man sonst verzichtet, wenn keine kreisweite Umsetzung erfolgt. Wie viel bei welcher Gemeinde am Schluss ankommen wird, ist erst in einem zweiten Schritt zu diskutieren. Zu der Aussage von Eva Brand entgegnet er, dass er froh wäre, wenn man im Kreis flächendeckend überall die 30 Mbit/s hätte.

Rudolf Jacob (CDU) erinnert daran, dass er bereits vor ca. 5 Jahren in einer Bürgermeisterbesprechung vorgeschlagen hat, dies auf Kreisebene anzusiedeln. Leider hat dieser Vorschlag damals keine Mehrheit gefunden. Es sei sicherlich richtig, diese Machbarkeitsstudie zu nutzen, um überhaupt belastbare Zahlen zu bekommen. Des Weiteren ist zu beachten – so heterogen auch die DSL-Versorgung im Kreis ist, so heterogen ist auch die Zuständigkeit. Auf dieser Ebene gibt es noch viel Klärungsbedarf.

Der erwähnten Stellenmehrung zuzustimmen, fällt Rudolf Jacob schwer, denn der Kreis befindet sich erst in der Prüfungsphase und ist noch gar nicht für den DSL-Ausbau zuständig.

Landrat Werner macht deutlich, der Kreis muss allerdings signalisieren, dass er bereit sei, diese Aufgabe zu übernehmen. Hierzu gehört auch, dass man personell besser aufgestellt ist, um diese Aufgabe vorzubereiten und erfolgreich durchführen zu lassen.

Dieter Hartmüller (CDU) weist darauf hin, bei den Kostenermittlungen ist darauf zu achten, ob die Glasfaser in die Ortschaften zu den Verteilerkästen oder direkt in die Häuser kommen, was natürlich idealerweise wäre. Auch bei der Erschließung der Neubaugebiete wird sich diese Frage stellen.

Die Datenmenge von 30 Mbit/s wird in fünf Jahren schon längst überholt sein, so Dieter Hartmüller. Es ist zu überlegen, ob man nicht versucht auch zum jetzigen Zeitpunkt eine höhere Leistung zu erhalten.

Landrat Werner erklärt, der Vorschlag der Verwaltung handelt von min. 30 Mbits – heißt aber nicht, dass es nicht mehr geben kann. Für viele Haushalte im Donnersbergkreis wird eine Versorgung mit deutlich mehr als 30 Mbit/s möglich sein.

Dr. Jamill Sabbagh (3. Kreisbeigeordneter) informiert es wird bereits seit Ende der 90er Jahre diskutiert, wie wichtig DSL im ländlichen Raum ist, gerade auch aus der Sicht der Gewerbetreibenden. Doch bislang ist nicht viel passiert auf diesem Gebiet. Jetzt hat man die Möglichkeit, dies kreisweit umzusetzen. Hierfür benötigt der Kreis diese Machbarkeitsstudie, die zumindest den Weg aufzeigen kann. Im zweiten Schritt können dann vielleicht einige Varianten der Vorgehensweise erläutert und diskutiert werden.

Michael Cullmann (SPD) stellt klar, wichtig sei, dass der Kreis hier Mittel erhält, die auch angenommen werden sollen. Beim Gespräch im Ministerium wurde ganz klar geäußert, dass nur eine kreisweite Variante unterstützt wird. Er ist froh, dass der Kreis jetzt die Chance hat, in der Richtung voranzukommen. Diese Möglichkeit ist auf jeden Fall wahrzunehmen und voran zu treiben.

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises stimmt der Bildung eines Regional-Cluster für die Realisierung einer flächendeckenden DSL-Versorgung im Donnersbergkreis zu.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
 2 Enthaltungen

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Fahrzeugkonzept des Donnersbergkreises

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Der Donnersbergkreis beschafft, unterhält oder beteiligt sich an insgesamt 60 Fahrzeugen. Dazu gehören Feuerwehr-Einsatzfahrzeuge, Fahrzeuge der Sanitätsorganisationen sowie weitere Katastrophenschutz-Fahrzeuge. Im Rahmen der Beschaffung dieser Fahrzeuge gibt es zahlreiche Kooperationen mit den Feuerwehren bzw. Hilfsorganisationen.

Im Rahmen der Erstellung des Fahrzeugkonzeptes wurde zunächst eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Fahrzeuge durchgeführt und eine Priorisierung hinsichtlich notwendiger Neu- und Ersatzbeschaffungen durchgeführt. Dabei spielten insbesondere die Faktoren „Relevanz für die Notfallversorgung der Bevölkerung“ sowie Zustand und Alter der Fahrzeugflotte eine zentrale

Bedeutung. Der Verwaltungsvorschlag wurde im Anschluss an die Konzepterstellung mit dem Team der Kreisfeuerwehrinspektoren, den Hilfsorganisationen, den Leitenden Notärzten sowie Organisatorischen Leitern Rettungsdienst sowie dem Einheitsführer Gefahrstoffzug besprochen. Die Erkenntnisse aus dem Gefahrstoffzugkonzept sind in das Fahrzeugkonzept mit eingeflossen.

Im Rahmen des neuen Fahrzeugkonzeptes gibt es Änderungen im Bereich der Zuschussgewährung für die Neubeschaffung von Fahrzeugen mit Kostenbeteiligungen sowie teilweise Verzicht auf bisher vorgehaltene Fahrzeuge. Im Gegenzug werden weitere Fahrzeuge neu in das Konzept aufgenommen, die bisher keine Berücksichtigung fanden (z. B. Spezialfahrzeuge Hochwasser).“

Dezernent Fabian Kirsch erläutert anhand einer Power-Point – Präsentation das Fahrzeugkonzept.

Gunther Rhein (CDU) führt zum Gerätewagen Atemschutz aus, dass dieser damals angeschafft wurde, weil es im Kreis nur eine Station (in Eisenberg) zum Befüllen der Atemschutzflaschen gab. Mittlerweile hat jede Verbandsgemeinde, außer VG Alsenz-Obermoschel, die Möglichkeit Atemschutzgeräte und Flaschen zu befüllen. Ebenso verfügt jede VG über min. ein Mehrzweckfahrzeug. Seiner Meinung nach ist hier das Konzept Gerätewagen Atemschutz zu überdenken. Es ist zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, bei größeren Einsätzen den Transport der Atemschutzflaschen vom jeweiligen Gerätehaus mit Mehrzweckfahrzeugen und entsprechenden Transportboxen an die jeweilige Einsatzstelle zu bringen.

In der VG Alsenz-Obermoschel sei nur das DRK beim Fahrzeugkonzept berücksichtigt. Dort gibt es allerdings eine starke Einheit der Malteser. Er möchte wissen, warum diese nicht miteinbezogen wurden. Des Weiteren fragt Gunther Rhein weshalb keine Fahrzeuge der SEG im Bereich Alsenz-Obermoschel stationiert sind. Ebenso interessieren ihn die Unterstellmöglichkeiten der Fahrzeuge – insbesondere der Zustand der Gebäude.

Dezernent Fabian Kirsch informiert, die Verbandsgemeinden sind verpflichtet innerhalb von 25 Minuten die Atemschutzreserve an die Einsatzstelle zu bringen. Hierbei können sie sich auf den Gerätewagen Atemschutz des Kreises abstützen. Wenn es diesen nicht mehr gibt, würde das Problem auf die einzelnen Verbandsgemeinden verlagert werden, die es lösen müssten.

Zu der Frage mit der Einbeziehung der Malteser, die bereits vor einigen Jahren im KA ebenfalls gestellt wurde, führt Fabian Kirsch aus, dass hier auf die Ergebnisse der damals geführten Gespräche zurück zugreifen ist, die er jedoch nicht sofort parat hat.

Zu einer möglichen Unterstellmöglichkeit im Bereich Winnweiler, erläutert Fabian Kirsch, dass die Rettungsdienst gGmbH Kaiserslautern, die Rettungswachen u.a. im Donnersbergkreis betreibt,

auch Unterbringungsmöglichkeiten für Fahrzeuge in Winnweiler sucht. Nach den gesetzlichen Regelungen hat sich der Donnersbergkreis an den Kosten zu 75% zu beteiligen. Der Donnersbergkreis kann sich allerdings nur dann finanzielle Beteiligung in der Höhe vorstellen, wenn dort auch Unterstellmöglichkeiten für SEG-Fahrzeuge geschaffen werden. Darüber hinaus muss über eine Unterstellung der SEG-Fahrzeuge in Rockenhausen ebenfalls nachgedacht werden. Hier sei man auch intensiv in Gesprächen mit dem DRK.

Rudolf Jacob (CDU) ist der Meinung, es sollten weniger kreiseigene Fahrzeuge vorgehalten werden. Vielmehr sollen die Aspekte der Kooperation und der Bezuschussung mit den Verbandsgemeinden in Betracht gezogen werden. Richtig findet er, dass sich künftig die Bezuschussung durch den Kreis nach den zuwendungsfähigen Kosten des Landes richten soll, um so keine zusätzlichen Wünsche oder Begehrlichkeiten zu finanzieren. Er bittet jedoch künftig bei konkreten Anschaffungen von kreiseigenen Fahrzeugen eine kurze Erläuterung über mögliche Kooperationsmöglichkeiten mit Nachbarkommunen zu geben bzw. warum diese nicht in Frage kommen.

Bernd Frey (SPD) bedankt sich für das Fahrzeugkonzept, das auch mit den Wehrleitern abgestimmt wurde. Er würde sich allerdings wünschen, dass die Wehrleiter dies auch in Richtung Wehrführer kommunizieren. Denn ihm fällt auf, dass die VG Eisenberg unterrepräsentiert ist, was die Bezuschussung und Beschaffung der Fahrzeuge angeht. Er bittet evtl. bei der Stationierung des neu anzuschaffenden Mehrzweckfahrzeuges Umwelt als Standort Eisenberg in Betracht zu ziehen.

II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt das vorliegende Fahrzeugkonzept.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

LR Werner fügt an, wie in der Vorlage bereits angekündigt, soll auch die Gebietsabdeckung der SEG Sanität Teil dieses Tagesordnungspunktes werden. Dieses Thema wurde vor rd. 2 Jahren im Kreisausschuss behandelt – es blieben allerdings Fragen offen, die heute beantwortet werden sollen.

Dezernent Fabian Kirsch berichtet, es sind zwei SEG-Fahrzeuge vorhanden. Ein Fahrzeug gehört dem Kreis, um das andere handelt es sich um ein Bundesfahrzeug. Die SEG-Einheiten sind zwar an verschiedenen Orten stationiert, sind aber eine Einheit. Ein Modul SEG San besteht aus einem Gerätewagen Sanität, zwei Krankentransportwagen und einem Rettungswagen. Sie haben gemeinsam die Aufgabe am Einsatzort einen Behandlungsplatz aufzubauen, für die alle Elemente dieser SEG benötigt werden. D.h. egal wo die Fahrzeuge stehen, einsatzfähig sind sie im

Grunde genommen nur dann, wenn sie alle gemeinsam am Einsatzort angekommen sind. Innerhalb welcher Zeit die SEG am Einsatzort ankommen soll, wurde mit den SEGen, der Gruppe der organisatorischen Leiter Rettungsdienst und mit der Gruppe der leitenden Notärzte diskutiert und eine Zeitspanne von 45 Minuten vorgeschlagen. Mit inbegriffen ist eine gewisse Rüst- sowie Fahrtzeit. Hintergrund für die 45 Minuten ist die sogenannte goldene Stunde in der Traumaversorgung. Es gibt Untersuchungen, die besagen, dass eine Stunde nach dem Unfallereignis die Überlebenschancen und Gesundheitsprognosen für Menschen mit einer traumatischen Verletzung rapide absinken. Deswegen wurden die 45 Minuten vorgeschlagen. Bis der Behandlungsplatz aufgebaut ist, vergehen noch einige Minuten – das ist dieser 15 Minuten Zeitpuffer, der auch zu berücksichtigen ist.

Anhand der Karten ist zu erkennen, dass mit einer SEG-Einheit innerhalb dieser 45 Minuten nicht der gesamte Donnersbergkreis abgedeckt werden kann. Die Gesamtabdeckung des Kreises würde erst innerhalb einer Stunde erfolgen. Diese Erkenntnis führte dazu, in die Diskussion mit dem DRK einzusteigen, um eine zweite SEG San Einheit mit Standort im Bereich Kirchheimbollen aufzubauen. Hintergrund hierfür war auch die Tatsache, dass der Kreis vom Bund einen Gerätewagen Sanität zur Verfügung gestellt bekommen hat, der zur Medical Task Force des Bundes gehört. Der Kreis kann sich natürlich im Rahmen dieses Konzeptes auf ein solches Fahrzeug abstützen, sodass eine zweite Einheit aufgebaut werden kann.

Landrat Werner fügt an, die Veränderungen in fünf Minuten-Schritten, wie vor rd. zwei Jahren angefragt, werden anhand der Karten ersichtlich und verdeutlicht, wenn die Abdeckung des gesamten Kreises innerhalb von 45 Minuten erfolgen soll, muss eine zweite Einheit aufgebaut werden.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Gebietsabdeckung der SEG San zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Anfrage der CDU-Fraktion

I. Sachverhalt:

Rudolf Jacob (CDU) ist dankbar für die Verteilung der Alarm- und Einsatzpläne, die in den letzten beiden Jahren erstellt worden sind. Die Anfrage sollte allerdings in keinsten Weise die Qualität der Arbeit oder der Person bemängeln, sondern rein auf die inhaltliche Information abzielen, weil noch vor 14 Tagen mitgeteilt wurde, dass es sich hierbei um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt. Er bittet um Beantwortung der Fragen.

Landrat Werner entgegnet, die Alarm- und Einsatzpläne wurden bewusst vorgelegt, um zu zeigen, wie umfangreich die Arbeiten sind, sodass sich jeder ein Bild darüber machen kann, ob das

ehrenamtlich zu leisten ist oder nicht.

Dezernent Fabian Kirsch führt wie folgt aus:

Der Donnersbergkreis hat im Rahmen der überörtlichen Planung die Alarm- und Einsatzpläne vorzubereiten und vorzuhalten. Die sind teilweise selbst zu entwickeln, teilweise aus sogenannten Rahmen- und Einsatzplänen des Landes. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche dieser Pläne komplett neu erstellt. Hierzu gehört der Alarm- und Einsatzplan (AEP) Gesundheit dazu, der AEP Heuberg für die Liegenschaft in der VG Winnweiler, der AEP Amok, der AEP Warnung der Bevölkerung und Sonderalarm Rettungsdienst. Der AEP Krankenhaus ist gerade in Bearbeitung. Die Erstellung dieser Pläne ist, wie man unschwer erkennen kann, sehr zeitaufwändig. Diese sind nicht nur zu erstellen, sondern auch zu kommunizieren. Denn diese müssen in Wehrleiterdienstbesprechungen vorgestellt und teilweise in den einzelnen Wehren kommuniziert werden. Weiterhin sind diese mit weiteren Partnern, wie mit SEGen, den Rettungshundestaffeln oder sonstigen Beteiligten abzusprechen und vorzustellen und ggf. nach deren Vorstellung noch anzupassen. Das sind Tätigkeiten, die haben nichts mit der ehrenamtlichen Tätigkeit eines Alarm- und Einsatzplaners zu tun. Die Arbeit als ehrenamtlicher Alarm- und Einsatzplaner ist die kontinuierliche Pflege, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieser bestehenden Pläne. Das ist neben dieser Neuerstellung ein Dauerauftrag. Im Rahmen der verstärkten Anstrengungen im Bereich Brand- und Katastrophenschutz hat sich der Kreis dazu entschieden, diese besonders aufwendigen Pläne, die zu erstellen waren, separat durchführen zu lassen.

Das vorausgeschickt muss man die Anfrage wie folgt beantworten:

Antwort zur Frage 1

Der Alarm- und Einsatzplaner der Kreisverwaltung erhält einen Stundensatz von deutlich unter 20 € und hat für seine gesamten Arbeiten insgesamt deutlich unter 3000 € für diese Tätigkeit erhalten.

Antwort zur Frage 2

Die monatliche Aufwandsentschädigung beträgt pro Monat 33 €.

Die Beantwortung der Frage 3 erfolgt im nicht öffentlichen Teil.

Antwort zur Frage 4

Der Auftrag wurde freihändig vergeben. Es handelt sich aus der Sicht der Verwaltung - insbesondere aufgrund der geringen Auftragshöhe und der Tatsache, dass derjenige, der sie im Anschluss auch pflegen muss - um einen ausgesprochenen Glücksfall, dass der sich bereit erklärt hat, diese Pläne gegen einen Stundensatz zu erstellen. Das führt insbesondere dazu, dass bei

der anschließenden Pflege keine komplette Neueinarbeitung in diesen Plan und in die Besonderheiten erforderlich ist. Aus diesem Grund wurde auch keine Honorarofferten bei anderen Anbietern eingeholt.

Antwort zur Frage 5

Der Ersteller der Pläne wird zum 01.04. hier im Haus ein Arbeitsverhältnis aufnehmen. Ab diesem Zeitpunkt ist keine weitere Beauftragung in diesem Bereich mehr geplant.

Landrat Werner dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 17.25 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses.

gez. Werner
Vorsitzender

gez. Herbrandt
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 13.03.2015

Tag der Sitzung: 24.03.2015

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreisausschusses	14
Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses	14
Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreisausschusses	0

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt